

Hans-Peter Ullmann

Geschichte der öffentlichen Finanzen in Deutschland vom ausgehenden 18. bis ins späte 20. Jahrhundert



Geboren 1949 in Berlin; Studium der Geschichte und Romanistik, Politischen Wissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Köln und Freiburg; Promotion 1975; Habilitation 1984; Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Justus-Liebig-Universität Gießen (1986), für Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Freien Universität Berlin (1988), für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen (1990); Hauptforschungsgebiete: Interessenverbände (*Der Bund der Industriellen*, Göttingen 1976; *Interessenverbände in Deutschland*, Frankfurt/M. 1988), Finanzgeschichte (*Staatsschulden und Reformpolitik*, 2 Bde., Göttingen 1986; *Der Staat, die Spieler und das Glück*, Berlin 1991), Reformen um 1800 (Mitherausgeber der Bände *Deutschland zwischen Revolution und Reform*, Königstein 1981; *Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Französischen Revolution*, Frankfurt/M. 1989; *La Révolution, La France et l'Allemagne*, Paris 1989; *Restaurationsystem und Reformpolitik*, München 1995) und Deutsches Kaiserreich (*Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918*, Frankfurt/M. 1995); Mitherausgeber von *Geschichte und Gesellschaft* und der *Kritischen Studien zur Geschichtswissenschaft*. — Adresse: Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Abteilung Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Nauklerstr. 47, D-72074 Tübingen.

Die Monate am Wissenschaftskolleg waren nach zwei Jahren hochschulpolitischen Engagements als Dekan bzw. Prodekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Tübingen, das weitgehende wissenschaftliche Abstinenz erzwungen hatte, eine beglückende Zeit ungestörter, weil nahezu terminfreier Arbeit an alten Vorhaben und neuen Projekten. Zunächst konnte ich mein Buch über *Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918* abschließen. Es stellt das Deutsche Reich als Gebilde

„zwischen den Zeiten“ dar. Eine solche Deutung steht vor dem Hintergrund der langen, fortdauernden Diskussion um die Interpretation des Kaiserreiches, eine Kontroverse, die nach wie vor aktuell ist, geht es doch um Einordnung und Bewertung des deutschen Nationalstaats. Das Buch hebt erstens auf jene Veränderungen ab, die Deutschland zwischen 1871 und 1918 erlebt hat. Nimmt man die Wandlungen des Kaiserreiches über die fast fünfzig Jahre seiner Existenz in den Blick, spreizt sich gleichsam seine Geschichte: einmal zwischen den siebziger und achtziger Jahren, die in vielem weniger modern waren, als sie oft erscheinen, und der Zeit um 1900, in welcher der gesellschaftliche Wandel an Dynamik gewann; dann aber auch zwischen den Vorkriegsjahren und der Kriegszeit, in der sich vor dem Hintergrund eines gesellschaftlichen Verarmungsprozesses alte Konflikte zuspitzten und neue Probleme auftraten. Zweitens stellt das Buch den widersprüchlichen Weg Deutschlands in die Moderne dar. Es hebt nicht allein auf die Entwicklungsunterschiede zwischen Politik und Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur ab, sondern bemüht sich ebenso sehr, die Diskrepanzen innerhalb dieser Felder aufzuzeigen. Darzustellen, wie sich Altes und Neues auf sehr verschiedene Weise ineinanderschob, ergäbe zwar ein vielfältiges, aber doch konturenarmes Bild. Deshalb betrachtet das Buch drittens die Entwicklung des Kaiserreiches unter der leitenden Frage, wie politische Systeme sozialen Wandel bewältigen. Damit steht zwar auch die Anpassungs- oder Wandlungsunfähigkeit des monarchischen Obrigkeitsstaates auf dem Prüfstand. Doch müssen darüber hinaus die Probleme politischer Steuerung, zumal die Chancen von Politik in Zeiten schneller Veränderung, allgemeiner berücksichtigt werden.

Außer dem Buch über das Kaiserreich konnte ich einen Sammelband fertigstellen und eine Festschrift zum Druck bringen. Die Aufsatzsammlung *Restaurationssystem und Reformpolitik*, gemeinsam mit einem Heidelberger Kollegen herausgegeben, fragt danach, ob die zwanziger, dreißiger und vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts wirklich nur durch das Restaurationssystem geprägt gewesen sind, oder ob es nicht vielmehr in diesen Jahrzehnten auch eine — bisher nur zu wenig beachtete — Reformpolitik gegeben hat. Es geht also um Reformen in der Zeit der Restauration und damit zugleich um das komplizierte Wechselspiel von Restauration und Reform sowie um die Angemessenheit des Begriffes „Restauration“. Am Wissenschaftskolleg entstand ferner die Festschrift *Reform und Konflikt* zum 65. Geburtstag des Gießener Historikers Helmut Berding. Sie versammelt unter der leitenden Frage nach dem Verhältnis von Reform und Konflikt, denen Berdings Forschungen in besonderem Maße gelten, geschichtswissenschaftliche Beiträge vom frühen Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert.

Doch diene die Zeit am Wissenschaftskolleg nicht allein dazu, alte Vorhaben abzuschließen, sondern auch neue Projekte zu beginnen. Hier wäre das Projekt „Geschichte der öffentlichen Finanzen vom ausgehenden 18. bis zum späten 20. Jahrhundert“ zu nennen. Obwohl die öffentlichen Finanzen immer mehr an Bedeutung gewinnen — rund fünfzig Prozent des Sozialproduktes werden heute in der Bundesrepublik von der öffentlichen Hand abgeschöpft und ausgegeben — nimmt das Interesse der Finanzwissenschaft an der gegenwärtigen, mehr aber noch an der vergangenen Finanzpolitik ab. So fällt den Historikern die Deutungsmacht über die Geschichte der öffentlichen Finanzen zu. Das stellt sie vor inhaltliche wie methodische Probleme, die nicht zuletzt aus dem spannungsreichen Verhältnis von Geschichts- und Finanzwissenschaft herrühren. Denn einerseits müssen Historiker, die finanzhistorische Fragen aufgreifen, eng mit der Nachbarwissenschaft zusammenarbeiten; andererseits können sie Theorien und Methoden der modernen Finanzwissenschaft, je mehr diese Anschluß an die neoklassische Wirtschaftstheorie sucht, immer schwerer nutzen. Für Historiker führen deshalb die Ansätze der Historischen Schule der Nationalökonomie weiter, vor allem aber jene der Finanzsoziologie der Zwischenkriegszeit (Goldscheid und Schumpeter, Mann oder Sultan). Diese begreift die öffentlichen Finanzen als einen zentralen Vermittlungsbereich, angesiedelt zwischen Politik und Ökonomie, Gesellschaft und Kultur. Unter einer solchen Perspektive läßt sich die Geschichte der Staatsfinanzen im 19. und 20. Jahrhundert aber nur untersuchen, wenn der Gegenstand eingegrenzt wird. Darum soll die Geschichte der Finanzen als Geschichte der Finanzpolitik und diese wiederum als Geschichte der Haushaltspolitik geschrieben werden. Auf diese Weise läßt sich die Entwicklung der öffentlichen Finanzen auf das zurückführen, was ihren Kern ausmacht: die politische Auseinandersetzung um Verteilung und Umverteilung von Ressourcen. Eine solche Geschichte der Haushaltspolitik muß sich auf wichtige Zeitphasen, relevante Politikbereiche und zentrale Entscheidungssituationen konzentrieren; und es wird ihr helfen, wenn langfristige Entwicklungslinien vorgegeben werden, die der Orientierung dienen. Die Geschichte der öffentlichen Finanzen zwischen 1790 und 1990 — das wird schon jetzt deutlich — dürfte ein zwiespältiges Bild ergeben. Auf der einen Seite sind die Staatsfinanzen durchweg reaktiv. Ihre Entwicklung folgt bestenfalls jener in anderen Bereichen, meist hinkt sie jedoch hinter ihnen her. Auf der anderen Seite stellen die öffentlichen Finanzen aber gerade jene Schaltstelle dar, über welche die Politik auf Gesellschaft, Wirtschaft oder Kultur einwirkt. So konnten am Wissenschaftskolleg die Grundlinien eines größeren, längerfristig angelegten finanzhistorischen Forschungsprojekts erarbeitet und im Dienstags-

colloquium unter dem Titel „Alles hängt an den Finanzen“ zur Diskussion gestellt werden. Das Vorhaben wird mich die nächsten Jahre beschäftigen.

Nicht nur die ungestörte Arbeit am Schreibtisch, sondern auch der intensive wissenschaftliche und persönliche Kontakt zu anderen Fellows, von denen einzelne darüber zu Freunden wurden, machten das akademische Jahr 1994/95 zu einer ebenso produktiven wie anregenden Zeit. Mit seinen Vorträgen und Colloquien, Mittagessen und Abendempfangen bot das Wissenschaftskolleg den Rahmen, wirklich zwanglos mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus anderen Disziplinen, Ländern und Kulturen ins Gespräch zu kommen. Von der Möglichkeit, über einen längeren Zeitraum methodische und inhaltliche Fragen regelmäßig diskutieren zu können, haben schon meine laufenden Arbeiten profitiert. Wie sehr meine künftige Forschung davon beeinflußt werden wird, zeichnet sich jetzt erst in Umrissen ab. Das gilt etwa für eine Öffnung der Wirtschaftsgeschichte zur Anthropologie oder zur Kulturgeschichte. So verlasse ich das Wissenschaftskolleg nach dem akademischen Jahr 1994/95, wissenschaftlich belehrt und persönlich bereichert, vertrauter auch mit bisher ungewohnten Sehweisen und Kulturen, gewiß schließlich, daß sich mir neue Horizonte eröffnet haben.